



Pressemitteilung

Nr. 44

München, 20.10. 2014

Bayerischer Lehrer- und
Lehrerinnenverband e. V.

Pressereferat

Bavariaring 37
80336 München
Postfach 15 02 09

Tel. 089/721001-28
Fax 089/721001-55
presse@bllv.de
www.bllv.de

Pressereferentin
Andrea Schwarz M.A.

Keine Chance für Studiengebühren

Studierende lehnen den Vorstoß der Hochschulrektoren ab, Gebühren erneut einzuführen /
Studierendenvorsitzende Thum und BLLV-Präsident Wenzel: „Der Staat trägt die Verantwortung“

München - Der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) lehnt die Wiedereinführung von Studiengebühren kategorisch ab. Die Vorsitzende der Studierenden im BLLV, Tamara Thum, erklärte, die Forderungen der Hochschulrektorenkonferenz seien unrealistisch. Sie sprach sich klar gegen eine Bildungsgebühr aus - „egal in welcher Form.“ BLLV-Präsident Klaus Wenzel unterstützt die ablehnende Haltung der Studierenden: „Die Studiengebühren sind vom Tisch und da sollten sie auch bleiben“, sagte er heute in München. Er wertete den Vorstoß der Hochschulrektoren als „Versuchsluftballon“. Die Mitglieder dieses Gremiums sollten bedenken, dass Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein dürfe. Bildung sei ein Grundrecht. Erneuten Versuchen, dies einzuschränken, trete der BLLV entschieden entgegen, erklärten Thum und Wenzel übereinstimmend.

„Auch nachgelagerte Studiengebühren, wie sie am Freitag von der Hochschulrektorenkonferenz ins Spiel gebracht wurden, sind sozial ungerecht“, betonte Thum. Viele Studierende hätten nach ihrem Studium ohnehin meistens noch einen hohen Schuldenberg abzutragen - bedingt durch BAföG oder Studienkredite. „Die rückwirkende Zahlung von Gebühren würde die Situation unnötig verschärfen“, betonte die Vorsitzende der Studierenden im BLLV.

Sie bestätigte jedoch, dass es den Universitäten an finanziellen Mitteln fehlen würde. „Marode Gebäude, überfüllte Seminare und Vorlesungen und zu wenig Lehrpersonal seien die Folgen der jahrelangen Sparpolitik im Bildungsbereich“, kritisierte sie. Betroffen von den mancherorts miserablen Studienbedingungen seien vor allem die Studierenden. Thum sieht den Staat in der Verantwortung. Er müsse als Bildungsträger dafür sorgen, dass genügend Gelder zur Verfügung stehen und optimale Lern- und Arbeitsbedingungen an den Universitäten vorhanden seien. Thum erinnerte an das überaus erfolgreiche Volksbegehren gegen die Studiengebühren vor einem Jahr. „Die Menschen haben damals bereits klar zum Ausdruck gebracht, was sie davon halten.“

Thum forderte die Bayerische Staatsregierung dazu auf, ausreichend Gelder in alle Bildungseinrichtungen zu investieren, vom Kindergarten über die Schule bis hin zur Meisterausbildung oder zum Studium. ♦